

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 7. Dezember 2022

§ 72

Bericht über die Umsetzung der Legislaturplanung 2019–2022

(Bericht Regierungsrat, 4.10.2022)

Priska Müller Wahl, Niederurnen, fordert messbare Ziele. – Gemäss Handbuch zur politischen Planung sollen die Jahresplanung und das Budget auf die langfristigen Entwicklungsziele abgestimmt sein. Es ist also wichtig, dass die Zielerreichung immer überprüft und die Bilanz dazu diskutiert wird, bevor neue Planungen mit neuen Zielen und Massnahmen und entsprechenden Budgets gemacht werden. Vorliegend wird ein Rückblick gewagt und der Bogen auf einen Ausblick bzw. auf das nächste Traktandum geschlagen. – Erfreulich scheint, dass der Grossteil der 18 Legislaturziele der vergangenen vier Jahre als erreicht eingestuft wird. Sieben Ziele werden als vollständig erreicht beurteilt. Davon sind vier im Wirtschaftsbereich angesiedelt. Acht Ziele wurden zumindest teilweise erreicht und nur drei wurden nicht erreicht. Allerdings wurden sehr gewichtige Ziele nicht erreicht. So hat die Beteiligung der Bevölkerung an der Politik ab- statt zugenommen. Das erkannte auch der Regierungsrat. Er verortet zu Recht Handlungsbedarf und will das Gemeindegesetz revidieren. Das muss aber schnell gehen, denn die Gemeinden wollen ebenfalls handeln. Das zeigte die Gemeindeversammlung Glarus Nord deutlich. Wenn man nun schaut, was aus diesem nicht erreichten Ziel in der neuen Planung für die nächste Legislatur wurde, lässt einen die Formulierung staunen. Neu lautet das Ziel: «Die Bevölkerung kann sich einfacher an der Politik beteiligen.» Die Formulierung lässt offen, ob in vier Jahren überprüft werden kann, ob sich die Bevölkerung tatsächlich beteiligt hat. Das muss aber das Ziel sein. Mit den Massnahmen muss Wirkung erzielt werden. Vom Regierungsrat wird also gewünscht, dass er sich Ziele setzt, deren Erreichung überprüfbar ist. Wirkungsvolle Massnahmen sind von weniger wirkungsvollen Massnahmen zu trennen. Nur Erstere sind umzusetzen. – Im Umweltbereich wurden in der Legislatur 2019–2022 drei Ziele gesetzt; in der neuen Legislatur ist es noch eines. In diesem Themenkreis wurde ein weiteres Ziel nicht erreicht: Dass mehr Personen mit dem öV und dem Velo unterwegs sind. Dennoch plant man weiterhin mehr Strassen, mehr Staus für weniger Wohnqualität. Für einen Wandel braucht es endlich eine Gesamtmobilitätsstrategie oder ein gesamtmobiles Denken, Planen und Handeln. Bund, Kanton und Gemeinden müssen die Infrastruktur für Fussgänger, Velos, öV und Autos integral denken. Das passiert noch immer nicht. Der zweite Wunsch an den Regierungsrat, aber auch an den Landrat, lautet deshalb: vernetztes Denken im Sinne der Gesamtmobilität. Das spart Geld für Infrastruktur, wobei nicht dort gespart werden soll, wo die Infrastruktur für das Velo oder für den Fussverkehr in einem guten Kosten-Nutzen-Verhältnis steht. Dort gibt es am meisten Verbesserungspotenzial. – Dass das Ziel, Näfels, Mollis und Netstal vom Durchgangs- und Schleichverkehr zu entlasten, als erreicht erachtet wird, erstaunt. Personen, die an den Schleichverkehrsachsen wohnen, würden das Ziel wohl nicht als erreicht beurteilen –

trotz allfälliger Bemühungen. Das ist so, weil man zuerst ausbaut und dann merkt, dass man den Schleichverkehr auch noch verhindern müsste. Man sollte also keinen Ausbau vornehmen, bevor man nicht auch den Rückbau geplant hat. Die Nichterreichung des Ziels betreffend Sport und Kultur aufgrund der Coronavirus-Pandemie ist plausibel. Die kantonalen Investitionen in diesen Bereichen sind äusserst tief. Die Umsetzung des Kulturkonzepts sollte man nicht verpassen. – Ein dritter Wunsch richtet sich an die Geschäftsprüfungskommission: Diese soll den Fortschritt bei der Erreichung der Legislaturziele – wie es im Handbuch zur politischen Planung vorgesehen ist – bei den Jahresgesprächen überprüfen und im Rahmen des Tätigkeitsberichts Anträge stellen, wenn Verzögerungen eintreten. Eigentlich wäre es auch gut, wenn die Geschäftsprüfungskommission den vorliegenden Bericht diskutiert und dazu ihre Meinung kundtut. Am wichtigsten ist jedoch, dass die Wirkung der Massnahmen hinterfragt wird. Es steht wenig Geld zur Verfügung. Es braucht die richtigen Massnahmen, die Wirkung entfalten, und nicht bloss Massnahmen.

Landammann *Benjamin Mühlemann* hält sich bezüglich Rückblick auf die auslaufende Legislatur bewusst kurz. – Die Analyse und die Bewertung durch den Regierungsrat im vorliegenden Bericht gehören zu den Grundlagen für die Planung der nächsten Legislatur. Die Erkenntnisse flossen in die Legislaturplanung 2023–2026 ein. Das muss auch so sein. Auf die kommende Legislatur ist nun der Fokus zu richten. – Die Bilanz zur auslaufenden Legislatur ist positiv, vor allem, wenn man sich vor Augen führt, welche grosse Herausforderung mit der Coronavirus-Pandemie in den vergangenen zweieinhalb Jahren zu meistern war. Diese hatte Auswirkungen auf das Tagesgeschäft und blockierte oder verzögerte Projekte. Gerade auch bei der Nutzung des öffentlichen Verkehrs schlug die Pandemie massiv durch. Der Regierungsrat will die Pandemie nicht ausblenden, aber auch nicht als generelle Begründung oder Entschuldigung für das Nichterreichen von Zielen heranziehen. Das wäre nicht unbedingt seriös. Fakt ist, dass der Kanton trotz der Krise entscheidende Fortschritte erzielen konnte. – Die Fokusthemen des Regierungsrates waren erstens die Digitalisierung, zweitens der Verkehr und die Verkehrsinfrastruktur und drittens die Bildung. In diesen Bereichen konnten wichtige Weichenstellungen vorgenommen werden. Von 18 Legislaturzielen wurden 15 ganz oder teilweise erreicht; von 38 Massnahmen wurden 29 umgesetzt. Die Erfolgskontrolle wurde gemacht. In jenem Detaillierungsgrad, wie sich das Landrätin Priska Müller Wahl vorstellt, ist die Zielerreichung jedoch nicht messbar. Politik ist keine absolute Wissenschaft und wird das auch nie sein. Der Regierungsrat beurteilt in erster Linie qualitativ, vor allem auch, weil die kantonale Verwaltung nicht genügend Ressourcen hat, um ganze Bücher mit irgendwelchen Analysen und Messungen füllen zu können. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass man auf diese Art und Weise gar nicht so schlecht fährt. Die Ergebnisse der Überprüfung der Zielerreichung fliessen im Sinne eines Zyklus in den neuen Planungsprozess ein. Der Regierungsrat bleibt auch in der neuen Legislatur am Ball – auch bei der Mobilität.

Darüber hinaus wird das Wort nicht mehr verlangt. Der Bericht über die Umsetzung der Legislaturplanung 2019–2022 ist zur Kenntnis genommen.